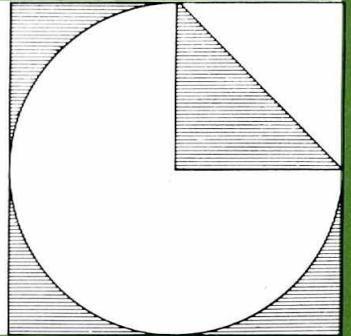


# LAG

2/88

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT  
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



**SCHLUSS MIT DEM GESCHWÄTZ,  
ERHÖHT DIE REGELSÄTZ!**

die LAG-Zeitung soll übersichtlicher werden. Dies ist das Ergebnis von verschiedenen Gesprächen über die Zeitung in letzter Zeit.

Deshalb hat sie ein verändertes Aussehen bekommen. Mit Hilfe der neuen Einteilung soll es einfacher werden, sich in der Zeitung zurecht zu finden.

Im Rahmen der Jahrestagung Anfang Mai soll weiter über die Zeitung gesprochen werden. Ich erhoffe mir viel Anregung, wie diese noch besser werden kann.

Thema dieses Heftes ist die Sozialhilfe.

Christoph Rüsich

### Thema Sozialhilfe

Warenkorb oder "Statistikmodell"-

Schluß mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätze! ..... S. 3

Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen in Wolfsburg ..... S. 6

Offenbach: Sonderschalter für Sozialhilfeempfänger/-innen

in der Städtischen Sparkasse ..... S. 7

Sozialhilfegruppen berichten:

    Sozialhilfe-Verein Dietzenbach ..... S. 9

    Soziale Hilfe Wiesbaden ..... S. 9

    Sozialhilfeverein Raunheim ..... S. 10

    Sozialhilfe-Verein Offenbach ..... S. 10

    Darmstädter Sozialhilfegruppe - Stadtteilgruppe Arheilgen ..... S. 11

    Darmstädter Sozialhilfegruppe - Stadtteilgruppe Kranichstein .... S. 12

### Siedlungen und Projekte

Neue Planungen nehmen Offenbacher Soziale Brennpunkte in die Zange.. S. 14

"Ich brauch kein Sozi-Geld, ich arbeit' für mein Geld" ..... S. 15

Eine orientalische Nacht ..... S. 17

### Wohnen und Mieten

Was gehört zu einem Obdachlosenkonzept? ..... S. 18

Arbeitsgruppen ..... S. 20

Dies und Das ..... S. 22



Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.  
Moselestr. 25, 6000 Frankfurt a.M., Tel 069 / 25 00 38

Redaktion: Christoph Rüsich

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Warenkorb oder "Statistikmodell"  
Schluß mit dem Geschwätz,  
erhöht die Regelsätze!



Lothar Stock zeichnet die Entwicklung der Diskussion um die Bemessungsgrundlage und die Höhe der Regelsätze in den vergangenen Jahren nach. Er kommt zum Schluß, daß heute erst recht die alte Parole von der Sozialhilfe-Aktion 1980 gilt: Schluß mit dem Geschwätz - erhöht die Regelsätze.

1980/1981 Neubemessung des Warenkorbes durch den Deutschen Verein

1981 beendete der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge seine ihm von den Sozialministern aufgetragene Überarbeitung des Warenkorbes. Demnach hätten die Regelsätze in der Sozialhilfe um 30% erhöht werden müssen, was natürlich am Widerstand der Finanzminister und vor allem auch der Städte

und Landkreise, die diese Mehrkosten ja weitgehend hätten aufbringen müssen, scheiterte. Stattdessen wurden die Regelsatzerhöhungen in den Jahren 1982 und 1983 nach rein finanziellen Gesichtspunkten festgesetzt und blieben dabei weit hinter der allgemeinen Preissteigerung zurück. Praktisch bedeutete dies, daß ein grundlegendes Prinzip des Bundessozialhilfegesetzes, nämlich der Zwang zur Deckung

eines konkret ermittelten Bedarfes - aufgelistet in den einzelnen Mengen und Warenangaben im Sozialhilfewarenkorb - damit außer Kraft gesetzt wurde. Für die Sozialhilfeempfänger/-innen zog dies Einkommensverluste bis zu 20% nach sich.

### 1985: Der "alternative" Warenkorb

Um diesen Zustand zu beenden, präsentierten die Sozialminister zum 1. Juli 1985 einen neuen "alternativen" Warenkorb, auf dessen Grundlage die Regelsätze um etwa 8,5% angehoben wurden. Diese von den Politikern als eine sozialpolitische Wohltat angepriesene Regelsatzerhöhung entsprach jedoch bei genauem Nachrechnen etwa der Höhe von Anfang der 70er Jahre. Das heißt der Lebensstandard der Sozialhilfeempfänger war 1985 nahezu unverändert gegenüber dem vom Jahr 1970, während sich die Arbeitseinkommen im gleichen Zeitraum relativ beständig erhöhten. Dies hatte zur Folge, daß die Lebensverhältnisse der Sozialhilfeempfänger/-innen immer weiter hinter der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zurückblieben und die Schere zwischen Arm und Reich somit immer weiter auseinanderklaffte.

### 1986/87: Das "Statistikmodell"

Der "alternative" Warenkorb ist von allen Beteiligten von Anfang an lediglich als eine Übergangslösung angesehen worden und so erging auch gleichzeitig mit seiner Inkraftsetzung der Auftrag an das Institut für Sozial- und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln, ein neues Bemessungssystem für die Regelsätze zu erarbeiten. Grundlage des neuen Berechnungsschemas sollte nicht mehr ein Warenkorb, sondern das aus der Einkommens- und Verbrauchsstatistik berechnete Konsumverhalten unterer Einkommensschichten ("Statistikmodell") sein. Auf Grundlage dieser Untersuchungen einigten sich die Sozialminister der Länder im September 1987 auf folgendes Schema zur Berechnung der künftigen Sozialhilferegelsätze:

1. Es soll nur noch drei Bedarfsgruppen geben, nämlich **Ernährung**, **hauswirtschaftlicher Bedarf** (Energiekosten für Kochen und elektrische Geräte) sowie persönliche Bedürfnisse.
2. Bei der Bedarfsgruppe Ernährung werden alle Ausgaben der Vergleichsgruppe, die mit ihrem Einkommen knapp oberhalb der Sozialhilfe liegt, in vollem Umfang berücksichtigt.
3. Bei den **Energiekosten** wird ebenfalls der durchschnittliche Verbrauch aller erfaßten Haushalte mit vergleichbarer Geräteausstattung zugrunde gelegt.
4. Bei den **persönlichen Bedürfnissen** werden diejenigen Ausgaben der Einkommens- und Verbrauchsstatistik nicht berücksichtigt, die entweder von der Sozialhilfe durch einmalige Beihilfen (z.B. Kleidergeld) abgegolten oder aber Sozialhilfeempfänger/-innen einfach nicht zugestanden werden (z.B. Kraftfahrzeugkosten oder Ausgaben für Urlaubsreisen).

Genau an diesem letzten Punkt gehen nun auch die Meinungen zwischen Politikern, Wohlfahrtsverbänden und Sozialhilfegruppen weit auseinander, während bei den Bedarfsgruppen Ernährung und Hauswirtschaftlicher Bedarf die Unterschiede nicht ganz so entscheidend sind. Bei den persönlichen Bedürfnissen sprechen die Politiker den Sozialhilfeempfänger/-innen lediglich eine "begrenzte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben" zu, die Wohlfahrtsverbände halten immerhin eine "angemessene Beteiligung an der Wohlstandsentwicklung" für erforderlich, während die Sozialhilfegruppen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben immer wieder einklagen.

### Auch das "Statistikmodell" zu teuer

Der von den Sozialministern einvernehmlich ausgehandelte Vorschlag vom September 1987 hätte die Sozialhilferegelsätze bei Einführung des neuen "Statistikmodells" zum 1. Juli dieses Jahres immerhin um über 10% ansteigen lassen. Doch die Finanzminister der Länder lehnten einstimmig das "Statistikmodell als neue Berechnungsgrundlage für die Sozialhilferegelsätze ab. Und auch der Deutsche Städte- und Landkreistag lief sofort nach Bekanntgabe des Sozialministerbeschlusses Sturm gegen

die von ihm ursprünglich ja gewünschte Methode zur Regelsatzberechnung.

#### Sozialhilfegruppen gegen das "Statistikmodell"

Das "Statistikmodell" wird auch von den Sozialhilfegruppen mit allem Nachdruck abgelehnt. Ihr Haupteinwand dabei ist folgender: Durch die Verknüpfung der Sozialhilferegelsätze mit den Verbrauchsgewohnheiten "unterer Einkommensgruppen" wird langfristig das Bedarfsdeckungsprinzip in der Sozialhilfe aufgegeben. Denn bei der Festlegung der Regelsätze wird nun nicht mehr auf einen für jeden nachprüfbaren Warenkorb zurückgegriffen, sondern auf das Ausgabeverhalten von Familien- und Einzelpersonen, die mit ihrem Einkommen knapp über der Sozialhilfgrenze liegen. Dabei ist doch offensichtlich, je geringer diese Einkommen sind, umso weniger kann Mann/Frau z.B. für Ernährung ausgeben. Vom tatsächlich vorhandenen Bedarf ist dann nicht mehr die Rede. Und was geschieht, wenn das Einkommen der unteren Lohngruppen sinkt, was angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung gar nicht so abwegig erscheint? Dann sinken die Regelsätze automatisch mit.

#### Die Forderungen der Sozialhilfegruppen

Als Antwort auf den "alternativen" Warenkorb sowie auf die zu erwartende Einführung des "Statistikmodells" verabschiedeten die Sozialhilfegruppen auf ihrem bundesweiten Treffen im Juni 1985 in Bielefeld einen Warenkorb, der ihren Vorstellungen von einem menschenwürdigen Leben entspricht. Dieser Forderungskatalog wurde 1987 in Gelnhausen entsprechend der Preissteigerungsrate fortgeschrieben und beläuft sich derzeit auf DM 775,- monatliche Sozialhilfe für **jeden** Erwachsenen zuzüglich einer ebenfalls monatlichen Kleidergeldpauschale in Höhe von DM 125,-. Hinzu kommen noch weitergehende Forderungen wie Übernahme der Energiekosten von 190 Kilo-Watt-Stunden, der vollen Miet- und Mietnebenkosten sowie der Heizkosten. Forderungen, die allesamt in der gegenwärtigen sozialpolitischen Landschaft

als unrealistisch erscheinen.

#### Schluß mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätze

Bei dem Streit um die richtige Berechnungsgrundlage in der Sozialhilfe wird klar, daß es längst nicht mehr darum geht, den Sozialhilfeempfänger/-innen in diesem unserem Land die wenn auch beschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben zu ermöglichen.

An die Stelle des im Bundessozialhilfegesetzes grundlegenden Bedarfsdeckungsprinzips ist vielmehr längst die Frage der Finanzierbarkeit der Sozialhilfeleistungen getreten. Das heißt je größer die Zahl der Sozialhilfeempfänger/-innen wird, desto weniger Sozialhilfe gibt es für den Einzelnen - egal ob auf der Grundlage eines Warenkorbes oder im Rahmen eines "Statistikmodells".

Deshalb gilt 1988 noch viel mehr als 1980:

Schluß mit dem Geschwätz,  
erhöht die Regelsätze!

Lothar Stock



BSF-Frauen aus Marburg aktiv im Sozialamt (Foto: Severin)

## Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen in Wolfsburg

Die Zusammenarbeit der Sozialhilfegruppen in den verschiedenen Bundesländern geht rasant vonstatten, die bundesweite Koordination soll verstärkt diskutiert werden, die Bielefelder Forderungen zur Sozialhilfe gelten noch immer und werden fortgeschrieben – dies sind die wichtigsten Ergebnisse des bundesweiten Treffens der Sozialhilfegruppen am 20./21. Februar in Wolfsburg.

Eingeladen hatte die Wolfsburger Gruppe und sie bewies großes organisatorisches Talent. Tagungsort, Essen und die Übernachtungen in einem Arbeiterwohnheim von VW boten einen ausgezeichneten Rahmen für eine intensive Arbeit im Plenum und in Arbeitsgruppen.

Die annähernd 100 Teilnehmer/-innen aus rund 30 Initiativen diskutierten über das "Statistikmodell" und die weitere Entwicklung des Warenkorb für Haushaltsangehörige, über Beratung und Rechtsangelegenheiten, über die örtliche Arbeit der Initiativen, sowie über die Zusammenarbeit der Gruppen.

### Zusammenarbeit der Initiativen

Dieser Punkt wurde unter verschiedenen Voraussetzungen diskutiert.

In Niedersachsen und in Schleswig-Holstein wurden **Landesarbeitsgemeinschaften** gegründet. Die Niedersachsen erhofften sich aus der Diskussion Hinweise und Hilfestellungen für den Auf- und Ausbau der landesweiten Arbeit. Die Gruppen aus Nordrhein-Westfalen hingegen standen mitten in der Diskussion über Sinn und Unsinn, Überflüssigkeit oder Notwendigkeit einer organisierten landesweiten Zusammenarbeit. Diese Auseinandersetzung bestimmte die Diskussion weitgehend – was aber kein Nachteil für die Arbeitsgruppe war, da alle Für und Wider, alle Ängste, Hoffnungen und Befürchtungen, die mit der Gründung einer Landesarbeits-

gemeinschaft verbunden sind, ausgiebig erörtert wurden. Ein Ergebnis im engeren Sinne gab es nicht. Aber die Diskussion gab den Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und in Zukunft vielleicht eine gemeinsame Lösung zu finden.

Und für die Niedersachsern war lehrreich, daß nach der Gründung einer landesweiten Koordination oder eines Verbandes viele der Probleme überhaupt erst entstehen.

Was die bundesweite Zusammenarbeit in der "Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen" betrifft, bestand Einigkeit, daß es keine Lösung sein kann, wenn die Büro- und Koordinationstätigkeit weitgehend an der LAG und der AG Sozialhilfe hängt. Wie diese Zusammenarbeit anders gestaltet werden könnte, soll im Juni beim Treffen auf dem Dörnberg diskutiert werden. Bis dahin wollen einige Leute Modelle der Organisation entwerfen.

### Weitere Tagungsthemen

Die Arbeitsgruppe "Statistikmodell" erarbeitete eine erneute Stellungnahme gegen die Neuberechnung der Sozialhilfe, die den Ministerpräsidenten der Länder zugesandt wurde. Ansonsten wurde und wird die Arbeit am **Bielefelder Warenkorb** weitergeführt, jetzt für die Haushaltsangehörigen. Die ersten Berechnungen für Kleinkinder wurden vorgelegt.

In der Arbeitsgruppe "örtliche Arbeit" stand die personelle Situation, die fehlende Unterstützung und die Mitarbeit in Gremien (Widerspruchsausschuß, Sozialhilfekommission usw.) im Mittelpunkt. Ausdrückliche Arbeitsergebnisse gab es dabei nicht.

Und die Gruppe "Beratung und Rechtsangelegenheiten" kämpfte sich mal wieder durch das Gestrüpp der örtlichen Ausführungsbestimmungen zum BSHG. Zentral stand, wie so häufig, die Pauschalierung der Bekleidungsbeihilfen im Erfahrungsaustausch.

Trotz der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, war es ein sehr arbeitsintensives Wo-

chenende. Und auch die Kurzweil geriet nicht zu sehr an den Rand: abends fand eine Kabarettvorführung statt.

Ein Teilnehmer bemängelte, daß die ganze Tagung nur im Saal stattfand und der Wolfsburger Bevölkerung nicht sichtbar wurde, wegen welcher Themen dieses Treffen in ihrer Stadt veranstaltet wurde. Für die Tagung auf dem Dörnberg wurde deshalb angeregt, sich zwischendurch nach Kassel zu begeben, und durch eine Aktion auf die Lage und die Forderungen der Sozialhilfebezieher aufmerksam zu machen.

Wolfgang Scherer

## Offenbach:

### Sonderschalter für Sozialhilfeempfänger/-innen in der Städtischen Sparkasse



*Links hinten der "Hundeschalter", vorne rechts um die Ecke der normale Eingang*

Gerade rechtzeitig zum Monatsende wurden am 22. Februar 1988 die neuen Räumlichkeiten der Städtischen Sparkasse am Rathaus in Offenbach eröffnet.

Sozialhilfeempfänger/-innen, die wie gewohnt in der Bank ihren Scheck vom Sozialamt einlösen wollten, erlebten eine böse Überraschung.

Sie wurden an der Tür abgefangen und zu einem Sondereingang geschickt. Das heißt die Bank hat jetzt zwei Eingänge: einen großen für die 'normalen' Bankkunden und einen kleinen mit dem Namen Zahlstelle der Stadt Offenbach. Nach Auskunft vom Sparkassenleiter - so berichtet es der Sozialhilfe-Verein - ist dieser

zweite Eingang in erster Linie für Sozialhilfeempfänger und Hundesteuerzahler eingerichtet worden. Seit der Sozialhilfe-Verein davon erfahren hat, heißt es in Offenbach: Weg mit dem Hundeschalter!

Deshalb gibt es in Offenbach den Sozialhilfe-Verein. Dieser stand schon am ersten Sprechtag nach der Eröffnung vor dem Sonderschalter und protestierte mit Flugblättern dagegen. Seitdem stehen sie an jedem Sprechtag vor der Sparkasse, bis der Sonderschalter weg ist.

Die Sozialhilfeempfänger/-innen sind empört: "Da können sie uns ja gleich den Stern drauf tun, das ist ja wie im Dritten Reich". In seinem Flugblatt zieht der Sozialhilfe-Verein den Vergleich mit Südafrika, wo die Weissen den Schwarzen selbst getrennte Parkbänke zuweisen. Offenbach ist nicht Südafrika. Aber auch in Offenbach wird den Sozialhilfeempfänger/-innen wieder einmal klargemacht: "Ihr gehört nicht zur 'normalen' Bevölkerung". Solche Demütigungen gehören bei der Sozialhilfe immer noch dazu. Als Einzelner ist der Sozialhilfeempfänger ihnen hilflos ausgeliefert. "Sozialhilfe ist Ihr gutes Recht", das klappt nur, wenn Mann/Frau sich zusammentut und sich gegen die ständigen Schikanen wehrt.

Die Forderung des Sozialhilfe-Vereins ist, daß die Sozialhilfe an jedem Bankschalter gebührenfrei eingelöst werden kann!

Andere Offenbacher sind dazugestoßen und tragen den Protest mit. Unterstützung bekommen die Sozialhilfeempfänger/-innen auch von SPD und GRÜNEN. So hat die SPD auf ihrem Parteitag in einer Resolution einstimmig den Schalter abgelehnt und die Sparkasse aufgefordert, wieder den alten Zustand herzustellen, wo die Sozialhilfe an den normalen Schaltern eingelöst werden konnte.

Auch der Sozialhilfeverein Raunheim unterstützt die Offenbacher. Er schreibt: "Dieses System ist einfach ausgedrückt eine Zumutung und ein Schlag in das Gesicht von notleidenden Menschen ... Deshalb unterstützen wir Euch in dem Kampf mit der Parole 'Der Schalter muß weg!' und werden Euch bei der nächsten Aktion Vereinsvertreter aus Raunheim schicken, die mit Euch für diese Sache eintreten".

Letzte Meldung: Auf Anfrage vom Stadtverordneten Hannes Wenzel hat Oberbürgermeister Reuter in der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 1988 erklärt, daß die Stadt dafür sorgen will, daß die Sozialhilfeempfänger/-innen in Zukunft wieder an den normalen Schaltern bedient werden!

chr.



Protest vor der Städtischen Sparkasse

## Sozialhilfegruppen berichten

### Sozialhilfe-Verein Dietzenbach

Für 1988 hat der Sozialhilfe-Verein Dietzenbach große Pläne. Erstes Ziel ist ein eigener Raum. Zur Zeit ist das Büro des Vereins noch immer in der kleinen Wohnung des ersten Vorsitzenden Georg Kraft. Beraten kann der Verein nur einmal in der Woche von 18 - 20 Uhr am Starkenburgring. Dies ist für viele Sozialhilfeempfänger/-innen eine ungünstige Zeit und ein schlecht erreichbarer Ort.

Deshalb braucht der Verein dringend einen gut erreichbaren eigenen Raum mit Schreibtisch, Schreibmaschine und einem Fotokopiergerät. Der Verein hat dafür bei der Stadt Dietzenbach DM 20.000,- beantragt. In diesen Tagen wird über den Antrag entschieden.

Daneben ist der Verein dabei, Arbeitsangebote für Jugendliche zu schaffen. So soll in einer gut ausgerüsteten Halle in Hagershausen eine kleine Autoverwertung aufgebaut werden. Diese Halle wird zur Zeit entrümpelt und ein Bus als Transportmittel des Vereins hergerichtet. Als zweites möchte der Verein Altkleidersammlungen betreiben. Der Reklame-Zettel für die Kleidersammlungen ist bereits geschrieben.

**Kontaktadresse:** Sozialhilfe-Verein Dietzenbach  
c/o Georg Kraft  
Bahnhofstr. 88  
6057 Dietzenbach  
Tel. 06074/29470

### Soziale Hilfe e.V., Wiesbaden

Die Beratungsstelle für Sozialhilfeempfänger/-innen kann sich über mangelnde Arbeit nicht beklagen. Mit knapp 2000 Gesprächen im Jahr 1987 haben diese um 20% im Vergleich zu 1986 zugenommen, berichtet die Sozialarbeiterin Brigitte Reiner. Auffallend hoch sei

der Anteil der alleinerziehenden Frauen.

Als größtes Problem bezeichnet Brigitte die Lage der Alleinstehenden, die bei Wohnungsverlust einfach hängen gelassen und zur Heilsarmee geschickt werden.

Nach wie vor ist die Hauptschwierigkeit des Vereins, daß er keine Zuschüsse für eine hauptamtliche Kraft erhält. Seit dem Auslaufen der ABM-Stelle von Beate Hohweiler im letzten Jahr konnte die Beratungsarbeit nur noch durch ehrenamtliche Mitarbeit von Beate und Albrecht Brühl (je drei halbe Tage) aufrecht erhalten werden. Brigitte Reiners ABM-Stelle ist an das SOLDI-Programm gebunden und läuft Ende Juli aus. Da die Stadt Wiesbaden nicht bereit ist einzuspringen, kann der Verein nur noch das nötigste tun.

Wichtige Projekte wie die Weiterführung der Sozialhilfegruppe, der Aufbau einer Gruppe von Alleinerziehenden oder Informations- und Schulungsabende für Sozialhilfeempfänger/-innen bleiben auf der Strecke.

Zu SOLDI, dem Computerprogramm für Sozialhilfeempfänger/-innen, meint Brigitte, daß dieses für die Ratsuchenden einfach zuviel Zeit in Anspruch nehme. Erstens müßten die Betroffenen überzeugt werden, es auszuprobieren und dann brauchten sie mit Durchlesen eine 1/2 bis 3/4-Stunde um die HLU auszurechnen. Dazu fehlten den meisten Zeit und Geduld, denn sie hätten ja meist auch noch spezielle Fragen.

Mitte Februar hatte der Verein Soziale Hilfe in einer Presseerklärung zur Pauschalierung der Bekleidungsbeihilfe Stellung genommen. Darin begrüßte er, daß Wiesbaden endlich nach langem Kampf diese Pauschalierung einführt. Diese gilt jedoch nur für Familien mit Kindern. Gerade bei Kindern, die schnell wachsen, sei aber eine Pauschalierung am wenigsten

angebracht. "Diejenigen", kritisiert der Verein weiter, "die eine Pauschalierung am nötigsten hätten, werden bewußt ausgeklammert. Viele von ihnen kennen ihre Rechte auf eine solche Beihilfe nicht einmal. Andere, vor allem ältere Menschen scheuen sich vor dem Weg zum Sozialamt. Sie werten Sozialhilfe als Almosen, nicht als Recht, und verzichten aus Scham auf einmalige Beihilfen.(...) Auch kinderlose Ehepaare und Alleinstehende werden ausgegrenzt. Ihr Ausschluß verwundert nicht, angesichts der Tatsache, daß ihnen viele andere, Familien mit Kindern gewährte Leistungen versagt werden (z.B. Waschmaschine, menschenwürdige Unterbringung bei Obdachlosigkeit)".

**Kontaktadresse:** Soziale Hilfe e.V.  
Luisenplatz 6  
6200 Wiesbaden  
Tel. 06121/318868

### Sozialhilfeverein Raunheim

Im November hat sich der Sozialhilfeverein einen neuen Vorstand gewählt. Erste Vorsitzende ist jetzt Frau Irmgard Stolz. Sie kam zum Sozialhilfeverein, weil ihr Sohn arbeitslos war. Neben der Rente ihres Mannes ist sie selber auch auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Sie arbeite mit, sagt sie, weil sie schon immer gerne geholfen habe, so gut es eben gehe.

Der Schwerpunkt der Vereinstätigkeit ist die Beratung. Mit 50 Haushalten sind ein Drittel der Raunheimer Sozialhilfeempfänger/-innen Mitglied im Sozialhilfeverein. In letzter Zeit sei es etwas ruhiger geworden, sagt Frau Stolz. Sie führt dies darauf zurück, daß mit der Beratung auch mehr Selbständigkeit erreicht wurde.

Problem Nummer eins ist und bleibt die Wohnungsnot in Raunheim. Wer einmal geräumt wurde, hat keine Chance je wieder eine Wohnung zu bekommen, weil die Neue Heimat den Wohnungsmarkt beherrscht. Hier sucht der Verein nach Lösungen.

Der Verein setzt sich auch für andere soziale Fragen ein. So sollen z.B. die Raunheimer Kinder den Rüsselsheimer Ferienpaß bekommen, oder Vereinsmitglieder helfen alten Menschen, die von der Stadt nichts annehmen wollen.

**Kontaktadresse:** Sozialhilfeverein Raunheim  
c/o Irmgard Stolz  
Aussigerstraße 9  
6096 Raunheim  
Tel. 06142/45334



*Irmgard Stolz, erste Vorsitzende im Sozialhilfeverein Raunheim*

### Sozialhilfe-Verein Offenbach

Zur Zeit ist der Sozialhilfe-Verein voll beschäftigt mit den Auseinandersetzungen um den Sonderschalter für Sozialhilfeempfänger bei der städtischen Sparkasse (s. Bericht). Ein weiterer Streitpunkt mit der Stadt ist die seit dem 1. Januar eingeführte Kleidergeldpauschale. Zwar ist die Einführung ein Erfolg, aber die Höhe von DM 36,- pro Monat

unzureichend. Dies sind DM 136,- weniger als bisher beantragt werden konnte (DM 600,-). Im Vergleich dazu in Wiesbaden oder Darmstadt beträgt die Pauschale für Erwachsene DM 50, im Monat oder DM 600,- im Jahr.

Weiter haben die Offenbacher als erster Sozialhilfe-Verein eine HzA-Stelle bekommen (Arbeitsstelle für Sozialhilfeempfänger/-in nach BSHG). Das heißt der Verein erhält eine Sozialhilfeempfängerin für Verwaltungsarbeiten und Beratung, die nach BAT VII bezahlt wird. Sie wird auch dringend gebraucht. Denn Vera, die Sozialarbeiterin, die halbtags im Sozialhilfe-Verein arbeitet, kommt kaum nach mit der Arbeit.

Kontaktadresse: Sozialhilfe-Verein Offenbach

Frankfurter Str. 57  
6050 Offenbach  
Tel. 069/8001299

Darmstädter Sozialhilfegruppe - Stadtteilgruppe Arheilgen

Unsere Gruppe trifft sich traditionell immer am 1. und 3. Montag im Monat von 15 - 18 Uhr. Meistens wird's aber länger, weil wir so viel zu besprechen haben. Jeweils vor den Gruppentreffen - wir sind ein "harter Kern" von 6 - 8 Leuten - bieten wir von 14 bis 15 Uhr Einzelberatung an. Viele Leute scheuen sich, ihre Probleme in der Gruppe vorzutragen. Diese Beratung macht Jürgen von der Gemeinwesenarbeit Rodgaustraße. Seit Neuestem kümmert sich jeweils schon ein Gruppenmitglied um die Leute, die warten. Die meisten Leute, die zur Beratung kommen, wollen überhaupt nicht zu den Gruppentreffen kommen. Manchmal kommen Leute auch aus der weiteren Umgebung von Darmstadt, die halt mal jemand brauchen, der sie ausführlich

informiert. Ausreichende Beratung und Aufklärung über Rechte und Möglichkeiten durch das Sozialamt gibt es offensichtlich nirgends.



In der letzten Zeit haben wir wieder häufig über die Kleidergeldpauschale gesprochen. Es gibt Leute, die sie gut finden (aber zu niedrig) und andere, die sagen, daß das Geld bei der unzureichenden Sozialhilfe einfach mit in den Lebensunterhalt fließt. Früher hätten sie durch Einzelanträge mehr bekommen. Bei einigen gibt es den Wunsch, das Kleidergeld z.B. zweimal im Jahr zu bekommen: "Dann hat man wenigstens was davon und kann die Angebote beim Sommer- und Winterschlußverkauf nutzen".

### Kleidergeldpauschale in Darmstadt:

- bis 6 Jahre: DM 35,- pro Monat
- 7-14 Jahre: DM 40,- pro Monat
- ab 15 Jahre: DM 50,- pro Monat

Wir haben geplant mit unserem nächsten Sozialhilfe-Info (gemeinsam mit der Kranichsteiner Gruppe) eine Umfrage zu verbinden, welche Auszahlungsweise die Leute bevorzugen würden. Natürlich müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß - vor allem für Kinder - die Pauschale erhöht werden muß! Es ist in Darmstadt wohl auch sehr schwer, über die Pauschale hinaus noch Kleiderbeihilfen durchzusetzen. Bis auf wenige Ausnahmen wird auf die Pauschale verwiesen, die reichen soll.

Außerdem haben wir uns in letzter Zeit Gedanken darüber gemacht, wie wir ein Projekt zustande bringen, in dem Sozialhilfeempfänger tariflich bezahlt arbeiten können. Ingrid hatte mal eine Liste aufgestellt, welche Arbeiten getan werden könnten:

- \* **Transport von Möbeln.** Das Sozialamt verweist nämlich immer auf den Gebrauchtmöbelmarkt. Es fehlt aber eine schnelle und billige Transportmöglichkeit,
- \* **Renovierung von Wohnungen von Sozialhilfeempfängern.** Das Darmstädter Sozialamt zahlt in der Regel das Material und verweist die Betroffenen auf die Selbsthilfe oder Freunde und Bekannte. Wenn jemand es aber nicht selbst machen kann und auch niemand hat - was dann? Das Sozialamt muß dann auch den Arbeitslohn bezahlen und warum könnten das nicht Sozialhilfeempfänger tariflich bezahlt machen?
- \* **Gardinen** abhängen, waschen und aufhängen,
- \* **Möbel** sammeln, lagern, aufarbeiten und günstig verkaufen (Transport s.o.),
- \* **Bettwäsche, Geschirr, Kleider, alte Bücher** sammeln, aufarbeiten und günstig verkaufen (Flohmarkt?).

In einer Besprechung mit Lothar Stock von der LAG haben wir über ein solches Projekt nachgedacht. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir mit einer kleinen Sache anfangen sollten und dann sehen müssen, was wir leisten können. Wir wissen im Augenblick noch nicht, ob daraus überhaupt etwas wird.

**Achtung:** Wir können Euch schon jetzt mitteilen, daß das Treffen der AG Sozialhilfe der LAG am 30. April 1988 in Darmstadt stattfindet. Wir haben dafür Räume in der kath. Kirchgemeinde Hl. Geist in Darmstadt-Arheilgen zur Verfügung und werden uns um Euer leibliches Wohl kümmern.

**Kontaktadresse:** Darmstädter Sozialhilfegruppe  
- Stadtteilgruppe Arheilgen  
Bachstraße 1  
6100 Darmstadt  
Tel. 06151/374645

### Darmstädter Sozialhilfegruppe - Stadtteilgruppe Kranichstein

Unsere Gruppe besteht seit Frühjahr 1986. Jeden Donnerstag haben wir einen Raum von der Katholischen Kirchgemeinde St. Jakobus zur Verfügung. Unter uns Sozialhilfeempfängern ist ein Mitarbeiter des Caritasverbandes, Herr Johannes Hörner.

Zunächst versuchen wir unsere Gruppe zusammenzuhalten, indem wir unsere Neuankömmlinge ausreden lassen, was sie bedrückt, und ihnen die Möglichkeit geben zu erfahren, was ihnen zusteht.

Wir helfen beim Ausfüllen von Anträgen, Kleiderbeihilfen und einmaligen Leistungen. Wir bitten darum, uns in der kommenden Woche darauf noch einmal anzusprechen, wie der Erfolg war. Leider haben wir nur ab und zu das Vergnügen, die Leute wieder zu sehen. Woran liegt das?

Wir wissen, daß einige Sozialhilfebedürftige ihr Geld anstandslos bekommen und viele schon schief angeschaut werden, wenn sie nur die Tür aufmachen. Wir haben mit Recht den Eindruck, daß Sachbearbeiter des Sozialamts ihre Leute aussuchen, mit denen sie es machen können. Uns beschäftigt vor allem, weshalb der eine Anspruchhabende für ein und den

---

---

selben Artikel mehr bekommt als der andere, dem er genauso zusteht!

**Energie- und Heizkosten:** Am Ende vom Jahr bekommen wir eine Abrechnung, die noch zu begleichen ist. Manche bekommen dies Geld gezwungenermaßen als Darlehen, und manche bekommen gar nichts. Warum diese Unterschiede?

**Grundausrüstung der Säuglinge:** Dafür bekommen die meisten Mütter viel zu wenig. Wenn man bedenkt, was Kinderwagen mit Zubehör, Bettchen mit Zubehör, Kleidung usw. kosten.

**Sind wir Menschen der unteren Klasse?**

Bei Kleideranträgen ist die "Tragezeit" bei jedem Artikel angegeben. Sogar Schuhe von Kleinkindern müssen ein ganzes Jahr getragen werden. Ist so etwas überhaupt zumutbar?

Unzumutbar ist auch, wenn man schon mit frustrierendem Gefühl begrüßt wird, nach Fragen keine Antworten bekommt, der Rechencomputer tickt, der Sachbearbeiter sagt: "Das kommt rein, das kommt raus, jetzt alles mal drei und wieder ab". Wer soll das verstehen als Laie? Man wird einfach zu abrupt abgefertigt, daß man denkt: "Nichts wie raus hier!"

Zu all dem hatten wir ein Treffen veranlaßt, zu dem wir einige Sachbearbeiter und den Leiter des Sozialamts eingeladen hatten. Wir dachten wir könnten die Unklarheiten besprechen (zusammen mit der Gruppe aus Arheilgen). Leider kam es nicht dazu. Die Herrschaften konnten den Termin zu unserem Bedauern nicht einhalten. Wir warteten mit zehn Erwachsenen und zwölf Kindern. Wir haben einen neuen Termin vereinbart, der wiederum zugesagt wurde, und hoffen, daß es diesmal dabei bleibt und wir ungezwungen über alles reden können.

Wenn Ihr Fragen oder Antworten habt, dann schreibt uns an unsere Kontaktadresse:

Darmstädter Sozialhilfegruppe  
- Stadtteilgruppe Kranichstein -  
in der Kath. Kirchengemeinde  
Bartningstraße 40  
6100 Darmstadt  
Tel. 06151/74183



*Kranichsteiner in Aktion*

## Neue Planungen nehmen Offenbacher Soziale Brennpunkte in die Zange

 Zwei große Bauvorhaben, der S-Bahn-Bau und die geplante Zusammenlegung und Erweiterung der Produktionsanlagen von MAN-Roland an der Mühlheimer Straße, bedrohen die drei Offenbacher Sozialen Brennpunkte. Während der Lämmerspieler Weg der S-Bahn weichen muß, ist noch unklar, was auf den Eschig und den Lohwald zukommt.

In der letzten LAG-Zeitung berichteten wir über die S-Bahn-Planung. Jetzt gibt es mehr Klarheit, was auf die Bewohner/-innen vom Lämmerspieler Weg zukommt. Ein Vertreter vom S-Bahn-Planungsbüro und Stadtbaurat Kaib berichteten in der Bewohnerversammlung vom 23.2.1988 den neuesten Stand. Von zwei vorgelegten Plänen kommt für die Stadt nur einer in Frage. Nach diesem Plan müssen alle 80 Wohnungen der Gemeinnützigen Baugesellschaft (Lämmerspieler Weg 107-119) abgerissen werden. Die 44 städtischen Wohnungen Lämmerspieler Weg 125-135 könnten zwar nach Meinung der Bundesbahn mit Lärmschutzmaßnahmen erhalten werden, aber allen war klar, daß an ein Wohnen im Gleisdreieck, direkt an der S-Bahn nicht mehr zu denken ist. Dazu kommt, daß diese Häuser in einem sehr schlechten Zustand sind. Deshalb tritt Kaib dafür ein, auch diese Häuser abzureißen. Er hat bereits einige Grundstücke im Auge, wo die Ersatzwohnungen gebaut werden könnten. Allerdings fehlen noch die Zusagen vom Land, um die Finanzierung sicher zu stellen.

Neu ist auch, daß jetzt alles viel schneller gehen soll. Nicht erst in fünf Jahren sondern schon Ende 1989 oder Anfang 1990 sollen die Häuser abgerissen werden. Das heißt mit den Planungen für die Umsiedlung muß sofort begonnen werden. Deshalb hat der **Bewohnerrat** recht, wenn er darauf bestanden hat, daß jetzt unverzüglich ein Arbeitskreis mit Vertretern aus den städtischen Ämtern und Bewohnern eingerichtet wird. Denn nur so kann sichergestellt werden, daß die Interessen der Bewohner bei der Planung der neuen Wohnungen auch berücksichtigt werden.

Der Druckmaschinenhersteller **MAN-Roland** will seine in Offenbach zerstreuten Betriebe an der Mühlheimer Straße zusammenlegen und dazu noch erweitern. Das bedeutet, daß die Freiflächen im Dreieck Lohwald - Eschig - Lämmerspieler Weg mit Fabriken zugebaut werden.

Ein vor die Nase gesetzter Industriebetrieb ist sicher nicht die bessere Anbindung an Offenbach, die sich der Lohwald immer gewünscht hat. Durch den Ausbau des Geländes als Industriegebiet wird der Lohwald noch mehr in die Ecke gestellt.

Stärker noch ist der Eschig bedroht. Dies kam auf einer **Bürgerversammlung** am 22.2.1988 zur Sprache. Die Bewohner/-innen befürchten, daß sie ihren Sportplatz und ihr Bewohnerzentrum verlieren, das sie sich gerade vor ein paar Jahren erkämpft haben. Nach Stadtbaurat Kaib gibt es noch keine Pläne und keiner wisse genaueres, was werden soll. Offenbach brauche die Arbeitsplätze und die Steuern dringend und müsse deshalb den Wünschen von MAN auch entgegenkommen.

Da war es wichtig, daß die Bewohner/-innen sich möglichst früh zu Wort gemeldet haben. Es wird noch schwer genug, gegen diese mächtigen Interessen die Lebensbedürfnisse von armen Leuten zur Geltung zu bringen.

Als nächsten Schritt planen die Offenbacher Sozialen Brennpunkte ein **großes Informationsfest** am Samstag, den 16. April 1988 im Eschig.  
chr.

"Ich brauch kein Sozi-Geld,  
ich arbeit' für mein Geld"



Die Mühltaler Hauswirtschaftsfrauen (oben von links Christine, Gabi L., Gabi B., Rosita, Genda und Ingrid; Mitte von links Rose-Marie, Heidi (Anleiterin), Tatjana; und unten Signid und Petra.

Dies ist ein Bericht über einen Besuch bei den zehn "Koch-Putz-Frauen" vom Gemeinschaftszentrum Mühlthal in Wiesbaden. Diese Frauen arbeiten seit dem 26. Oktober 1987 in einem neuen Hauswirtschaftsprojekt. Zwei Jahre lang werden sie mit ABM-Geldern vom Arbeitsamt für 20 Stunden in der Woche bezahlt (drei Frauen, die früher als Putzfrauen im Gemeinschaftszentrum gearbeitet haben, bleiben festangestellt). Zur Arbeit gehören viele Tätigkeiten: Kochen von gesundem Essen, Essensplanung und Einkauf, Servieren und Abrechnen, Gebäudereinigung, Wäscherei und Instandhaltung der Wäsche. Die Frauen werden von einer Hauswirtschaftsleiterin angeleitet.

Mit dem Satz in der Überschrift meint Rose-Marie aus dem Hauswirtschaftsprojekt, daß es für sie wichtig sei, daß sie ihr eigenes Geld verdiene, für das sie gearbeitet habe, auch wenn dies nicht viel mehr sei als früher die Sozialhilfe.

Vor allem zähle jedoch, daß die Arbeit Spaß mache, sagen die Frauen, sie sei lehrreich und es gäbe viel Abwechslung. Neben dem Kochen sind die Frauen auch für die Reinigung der Gemeinschaftseinrichtungen (mit Kindertagesstätte) und die Wäscherei zuständig. Dazu

## SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

werden sie immer mehr in die Essensplanung und den Einkauf einbezogen.

Zur Zeit kochen sie etwa 80 Essen pro Tag. Etwa die Hälfte servieren sie im schön und gemütlich hergerichteten Speisesaal für Hort- und Kindergartenkinder, für die Mitarbeiter und für den Seniorenmittagstisch. Die restlichen Essen sind für eine Kindertagesstätte in der Nähe und für die alten Mühltaler, die nicht mehr aus der Wohnung können. Gekocht wird möglichst vollwertig, d.h. mit frischen Sachen und nicht aus der Dose. Von dieser neuen Art zu kochen sind die Frauen noch nicht so ganz begeistert. So heißt es noch öfters: "Was willst' denn jetzt schon wieder kochen, das essen wir nicht". Aber dann schmecke es doch, und ab und zu würden sie auch schon zu Hause ein Rezept nachkochen. Für Gabi B. ist vor allem das Kochen in so Riesentöpfen eine große Umstellung, da müsse man Mut haben, genug Gewürze reinzuschmeißen.

Die Frauen arbeiten in drei Schichten mit verschiedenen Aufgaben. Die Schichten wechseln regelmässig, sodaß alle bei jedem Dienst drankommen. Jeden Morgen vor neun Uhr wird gemeinsam der Tag geplant, und einmal in der Woche am Mittwoch gibt es Gruppengespräch: da werden die anstehenden Probleme besprochen und Verbesserungen überlegt.

Die Frauen loben das gute Arbeitsklima ("außer bei Vollmond" meint Gabi L.). Dies komme, weil sich alle schon lange und gut aus den Frauengruppen kennen.

Übrigens die Frauen bekommen nichts geschenkt. Das Mittagessen müssen sie wie alle andern auch bezahlen. Denn sonst hieße es schnell in der Siedlung, sie würden sich auf deren Kosten den Bauch voll schlagen.

Sechs Frauen wohnen im Mühlthal, die übrigen kommen aus anderen Brennpunkten. Die meisten haben Kinder und lebten vorher von der Sozialhilfe.

Die Finanzierung der ABM-Stellen ist begrenzt auf zwei Jahre. Sonja B., die als Sozialarbei-



*Die Küchentruppe bei der Arbeit*

terin das Projekt begleitet, hofft, daß sich bis in zwei Jahren für die Frauen Dauerarbeitsplätze gefunden haben.

Zusammenfassend sagt Sonja, daß sie nie gedacht hätte, daß es so gut klappen würde: "Die Frauen sind immer pünktlich und arbeiten selbständig und bringen jeden Tag um zwölf das Essen auf den Tisch". Daß Sonja ihnen so wenig zugetraut hat, haben die Frauen zum ersten Mal gehört, und sie sind fast ein wenig beleidigt.

Aus der hochmodernen Küche im Mühlthal gibt es nicht nur Mittagessen. Sie machen auch Frühstück und auf Bestellung gibt es Kuchen und kalte Büffets für Familienfeiern, Hochzeiten usw., mit Geschirr und Lieferung frei Haus. Also weitersagen und bestellen Tel. 06121 / 31 23 02!

Wenn im Eßraum und in der Eingangshalle noch die richtigen Lampen hängen, dann können im Gemeinschaftszentrum Mühlthal auch Tagesveranstaltungen mit Verpflegung durchgeführt werden (für Gruppen von 15 - 20 Personen, ideal gelegen mit Autobahnanschluß und eigenem Parkplatz).

Bei meinem Besuch wurde mir ein herrlicher Erbseneintopf mit Kaffee und Gebäck serviert. Ich kann dieses Lokal nur weiterempfehlen. Auch alleinstehende junge Männer würden gerne gesehen betonten die "Putz-Koch-Frauen" ...

chr.

## Eine orientalische Nacht



Anfang des Jahres beschlossen wir, einmal Karneval ohne unsere Männer zu feiern. Rechtzeitig begannen wir mit den Vorbereitungen für das Fest, es mußten ja Unmengen von Girlanden und anderen Dekorationen gebastelt werden, Getränke beschafft und überhaupt die Organisation des Abends klar sein. Schließlich sollte der Gewinn unserer Gruppe zukommen. Zu unserem Fest luden wir auch Frauen aus Ockershausen und dem Waldtal ein. Die Ockershäuserinnen hatten die Zubereitung der Salate übernommen.

Am 11. Februar 1988 feierten wir dann mit 80 Frauen Altweiberfasching. Es hat uns gefreut, daß viele ausländische Frauen, alles Mohamedanerinnen, unserer Einladung gefolgt waren. Sie treffen sich zweimal wöchentlich zu einem Gesprächskreis in der BSF. Die Attraktion des Abends, der heiße Strip einer wohlgeform-

ten Blondine, fand jedoch bei ihnen nur wenig Zustimmung. Für uns war diese Show der Höhepunkt der Nacht, entpuppte sich diese 'Dame' doch als Mann!! Mehr als zwei Zugaben gestand sie/er uns nicht zu, trotz unseres begeisterten und donnernden Applauses.

Anfangs waren einige Frauen mißtrauisch, ob wir auch ohne Männer zu feiern verstünden. Laßt Euch sagen, es ging: in ausgelassener Stimmung amüsierten wir uns bis in die frühen Morgenstunden.

Lediglich beim Tanzen war es manchmal schwierig, keine konnte/wollte so recht den männlichen Part, das 'Führen' übernehmen.

Geht es so ganz ohne Männer doch nicht????!

Petra von der Frauen-  
gruppe der BSF Marburg

## Was gehört zu einem Obdachlosenkonzept?

Ende Januar organisierte die LAG in Zusammenarbeit mit dem Burckardthaus eine Tagung zur Frage kommunaler Konzepte in der Obdachlosenhilfe. Als Diskussionsgrundlage dienten die neuen Empfehlungen vom Deutschen Städtetag mit dem Titel "Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen und Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten" (zu beziehen über Deutsche Städtetag, Lindenallee 13-17, 5000 Köln 51). Mit Michael Schleicher vom Wohnungsamt Köln und Franz Koch vom DPWV/NRW konnten zwei Referenten gewonnen werden, die wesentlich am Zustandekommen dieser Empfehlungen des Deutschen Städtetages beteiligt waren.

### Wozu ein Obdachlosenkonzept?

Mit der Sanierung oder Auflösung einer Siedlung ist das Problem der Obdachlosigkeit noch nicht gelöst. Denn dies verhindert nicht, daß immer wieder von neuem Menschen ihre Wohnung verlieren, obdachlos werden und in neuen Sozialen Brennpunkten landen.

Um dies zu vermeiden, muß sich eine Stadt weitergehende Gedanken machen. In einem Obdachlosenkonzept wird beschrieben, welche Mittel eingesetzt werden können, damit Menschen nicht obdachlos werden.

Mit der Schrift vom Deutschen Städtetag liegen jetzt geeignete Empfehlungen vor, wie mit dem Problem Obdachlosigkeit umgegangen werden soll. Vieles davon fordert die LAG seit Jahren. Diese Empfehlungen des Städtetages können von den Kommunen jedoch nicht

mehr so leicht beiseite geschoben werden. Damit haben die Projekte eine wichtige Hilfe, um Verbesserungen in der Obdachlosenpolitik zu erreichen.

### Jedem eine dauerhafte und richtige Wohnung

Michael Schleicher sagt, Obdachlosigkeit lasse sich dann am besten vermeiden, wenn jeder eine dauerhafte und richtige Wohnung hat. Wenn Mieter mit ihrer Wohnung und der Wohngegend zufrieden sind und auch die Miete bezahlen können, dann werden sie nicht so schnell obdachlos.

Ein Wunschtraum mögen viele denken. Am Beispiel der Stadt Köln zeigt Schleicher, daß es auch mit den vorhandenen Mitteln Wege gibt, die Wohnraumversorgung zu verbessern.



### Städte brauchen mehr Einfluß auf die Wohnungsunternehmen

Um jedem eine passende Wohnung vermitteln zu können, braucht eine Stadt einen möglichst großen Bestand an Wohnungen, wo sie belegen kann. Die stadteigenen Wohnungen reichen dazu nicht aus. Deshalb sollten die Kommunen ihren Einfluß auf die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen verstärken und mit diesen Vereinbarungen zur Vermeidung von Zwangsräumungen und zur Unterbringung von Obdachlosen treffen. Beispiele aus Köln, Bremen und München zeigen, daß dies möglich ist. Daneben soll alles getan werden, um die günstigen Altbauwohnungen zu erhalten. Entsprechend dem Bedarf sollen zusätzlich noch neue Sozialwohnungen gebaut werden.

### Sorgfältige Klärung der Einzelfälle

Im Einzelfall soll sehr genau geprüft werden, ob eine Wohnung erhalten oder eine passendere gesucht werden soll.

Mietschulden werden in Köln nicht einfach automatisch übernommen. Mit der Hilfe von Haushaltsberatern wird vielmehr versucht, die gesamte wirtschaftliche Situation der Familie wieder auf gesunde Füße zu stellen.

### Gebraucht wird eine zentrale Fachstelle

Ein solches Konzept, das sowohl auf den Wohnungsbestand als auch den Einzelfall gerichtet ist, kann nur umgesetzt werden, wenn die Arbeitsweise der städtischen Ämter verändert wird. Denn bis heute sind eine Vielzahl von Ämtern mit Wohnungsnotfällen befaßt (Wohnungsamt, Sozialamt, Jugendamt, Liegenschaftsamt und nicht zu vergessen die Ordnungsbehörde). Diese Ämter haben alle das Interesse, für sich zu sparen und die Fälle zu erledigen, was in der Praxis heißt, diese möglichst schnell ans nächste Amt weiterzugeben. So wurstelt jedes Amt vor sich hin, ohne daß es das Gesamtproblem im Auge hat.

Deshalb schlägt der Städtetag vor, eine zentrale Fachstelle zur Wohnungssicherung einzurichten, wo von der Mietübernahme bis zur Wohnungsvermittlung, von der Beschlagnahme von Wohnungen bis zum Einsatz von Wohnungsbaumitteln alle notwendigen Kompetenzen zusammengefaßt werden.

### Ist denn das bezahlbar?

So eine Konzept braucht mehr Personal und mehr Geld für Sachaufwendungen. Aber insgesamt spart es ein Vielfaches von dem, was sonst bei einem Obdachlosen für Räumungskosten, für den Erhalt der Obdachlosenunterkünfte und für sonstige Folgekosten von einer Kommune bezahlt werden muß (so hat die Stadt Köln errechnet, daß 1986 ein in eine Obdachlosenunterkunft eingewiesener DM 7.758,50 wohingegen ein Fall der vorbeugenden Obdachlosenhilfe nur DM 1.075,30 gekostet hat). Allein dieser finanzielle Grund hat den Kämmerer in München überzeugt, die Obdachlosenhilfe entsprechend den obigen Vorstellungen umzustellen.

Die Berichte der Tagungsteilnehmer/-innen haben gezeigt, wie weit die meisten Gemeinden und Städte in Hessen noch hinter diesen Leitlinien herhinken.

Erfreulich war, daß sich der Vertreter des Hessischen Städtetages bei der Abschlußdiskussion voll hinter die Empfehlungen stellte und zusagte, sich für deren Verbreitung in Hessen einzusetzen.

chr.

### GEMEINWESENARBEIT

Das letzte Treffen der AG GWA fand in Wiesbaden im Sozialzentrum Presbergerstraße statt. Dabei wurden Ergebnisse von der Tagung zur Situation von Männern in Sozialen Brennpunkten zur Diskussion gestellt.

Das Thema **Männer** wird die AG GWA auch in Zukunft beschäftigen.

Nächster Termin: 25. März 1988 im Sozialzentrum Wachsacker in Wiesbaden um 13 Uhr.

### SPIEL- UND LERNSTUBEN

Am 17. Februar 1988 fand eine zentrale Tagesveranstaltung der Spiel- und Lernstuben statt. Thema war die **Zusammenarbeit von Spiel- und Lernstuben und LAG**. Von den Teilnehmern wurde ein **Antrag an die Mitgliederversammlung der LAG** entworfen, in dem eine bessere Unterstützung der Spiel- und Lernstuben von der LAG gefordert wird. Dieser Antrag soll von möglichst vielen Mitgliedsprojekten und Spiel- und Lernstuben mitgetragen werden.

Vom 16.- 18. März fand auf dem Dörnberg eine **Spiel- und Lernstuben-Tagung** statt, die vom Landesjugendamt organisiert und von der LAG vorbereitet wurde. Inhaltlich ging es um Konzepte außerschulischer Bildungsarbeit in Spiel- und Lernstuben. Die Zeit war viel zu kurz, um zu solchen Konzeptionen zu kommen. Aber zumindest wurde deutlich, daß die Spiel- und Lernstuben heute mehr denn je einen eigenständigen Auftrag haben, den sie entschieden von den Anforderungen der Schule abgrenzen müssen. Am Schluß der Tagung stand der Wunsch, das Thema weiter zu vertiefen.

### WOHNEN UND MIETEN

Beim letzten Treffen der AG Wohnen und Mieten wurden die **sanierten Häuser in Gießen** besichtigt und mit den Bewohnern in den "neuen" Wohnungen über ihre Erfahrungen bei der Zwischenunterbringung in "Wohn"-Containern, mit der Unterbringung ihrer Möbel während der Baumaßnahmen, den Umzügen und vielem mehr gesprochen.

Eine Bewohnergruppe aus der Frauensteiner Straße in Wiesbaden war daraufhin in der Margaretenhütte in Gießen und hat sich dort nochmal von den Bewohnern alles genauestens berichten und zeigen lassen. Die Erfahrungen haben sie sich zu Nutzen gemacht für die bevorstehende Sanierung in ihrer Siedlung.

Das weitere Arbeitsprogramm der AG umfaßt folgende Themen:

Kommunale Obdachlosenkonzpte, Umsetzung der Empfehlungen des Dt. Städtetages, Sanierung von Obdachlosensiedlungen, Sozialplanung bei Sanierung oder Abriß von Siedlungen, Bewohnerbeteiligung unter Einbeziehung vorhandener Erfahrungen von Bewohnern und Sozialarbeitern.

Nächster Termin: 22. März 1988 in der Geschäftsstelle um 13.30 Uhr

Thema: Berichte aus den Siedlungen.

## JUGEND

Im Mittelpunkt der Jugendarbeit stehen zur Zeit die Vorbereitungen für den Jugendhilfetag vom 16.- 18. Mai in Saarbrücken. Dort werden sich über 200 Einrichtungen aus allen Bereichen der Jugendhilfe vorstellen. Daneben finden etwa 60 Fachveranstaltungen statt. Die LAG wird am Stand Nr. 29 zu finden sein. Eine Vorbereitungsgruppe mit verschiedenen LAG-Projekten (Jugendclub Lohwald, Sport- und Mädchenprojekt, Rockmobil) hat sich Gedanken darüber gemacht, wie die Jugendarbeit der LAG dargestellt werden kann.

Nähere Informationen zum Jugendhilfetag gibt es bei Günter Pleiner in der LAG\_Geschäftsstelle.

Zum Jugendhilfetag wird eine ausführliche Broschüre zum Rockmobil erscheinen.

Nächster Termin: die AG Jugend trifft sich am 28. April 1988 um 10 Uhr im Jugendclub Lohwald. Thema ist Jugendarbeit mit ausländischen Jugendlichen.

## SOZIALHILFE

Die AG Sozialhilfe hat sich am 19. März 1988 zum ersten Mal in Bad Homburg bei der AG Sozialer Unterstützung getroffen, die seit einem Jahr aktiv mitarbeitet.

Themen waren Bericht vom Bundestreffen in Wolfsburg und Erfahrungsaustausch über die Aktivitäten der einzelnen Gruppen. Groß war die Empörung über den "Hundeschalter" von Offenbach (s. Bericht in dieser Zeitung). Die AG verfaßte eine Resolution dagegen.

Nächster Termin: Am 30. April 1988 in Darmstadt-Arheilgen, Beginn 10 Uhr. Als Gast der Tagesveranstaltung wird Albrecht Brühl juristische Möglichkeiten zur Durchsetzung von Ansprüchen erklären.

Ganz neue Möglichkeiten

In einer Eröffnungsrede für eine Spielstube bedauerte eine Kollegin, daß sie immer gezwungen wäre als Feuerwehr einzugreifen, wenn das Kind meist schon in den Brunnen gefallen sei. Für vorbeugende Arbeit bliebe ihr keine Zeit und dafür gäbe es ja auch kein Geld. Daraufhin fühlte sich der Bürgermeister zu einer Klarstellung aufgerufen: "Meine Damen und Herren, hier liegt ein Mißverständnis vor. Die Feuerwehr ist eine Pflichtaufgabe und die Sozialarbeit ist eine freiwillige Leistung, von daher kann Sozialarbeit nicht zur Feuerwehr werden, wie von der Kollegin eben behauptet wurde". Dieser Satz hat mich nachdenklich gemacht. Hieße das dann nicht, daß wenn Sozialarbeit wirklich Feuerwehr wäre, daß dann diese eine Pflichtaufgabe wäre, die bezahlt werden müßte? Ob vom Sozialdezernat oder vom Brandschutz, ob mit oder ohne Uniform, darüber könnte man ja reden....

Schon wieder ein schöner LAG-Mann unter der Haube!

Michael Puhmann und Barbara Dembowski haben Ende Februar geheiratet.

Alles Gute wünschen Euch die KollegInnen von der Moselstraße!

Übrigens es gibt Gerüchte, daß er nicht der Einzige bleiben soll dieses Jahr, na wer wohl?

# Vatikan verurteilt Mietwucher

## Dokument bekräftigt Recht aller auf angemessene Wohnung

VATIKANSTADT, 2. Februar (KNA). Papst Johannes Paul II. hat an alle Regierungen der Welt appelliert durch eine gerechtere Wohnungsbaupolitik zur Lösung des Obdachlosenproblems beizutragen. In einem am Dienstag von der Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ im Vatikan veröffentlichten Dokument wird das Recht aller auf eine menschenwürdige und angemessene Wohnung bekräftigt. Gleichzeitig verurteilt die katholische Kirche Bauspekulation und Mietwucher und bedauert, daß eine Milliarde Menschen nicht in angemessenen Wohnungen leben. 100 Millionen Menschen müßten buchstäblich ohne ein Dach über dem Kopf existieren.

Das Wohnungsproblem sei nicht nur ein materielles, sondern auch ein ethisches Problem. Allein in Westeuropa befänden sich mehr als eine Million Menschen auf Wohnungssuche. In Lateinamerika übernachteten 20 Millionen Kinder auf den Straßen. Die Zahl der Obdachlosen in der Welt steige ständig wegen der raschen Bevölkerungszunahme, der Arbeitslosigkeit und dem „Skandal der ungleichen Güterverteilung“ zwischen Nord und Süd. Vor allem für das Gewissen der Christen stelle diese Form der „neuen Armut“ in der heutigen Welt eine Herausforderung dar.

Anlaß für die Verlautbarung mit dem Titel „Was hast du für deinen obdachlosen Bruder getan? — Die Kirche und das Wohnproblem“ ist das soeben zu Ende gegangene internationale „Jahr der Obdachlosen“, das die Vereinten Nationen für 1987 ausgerufen hatten. In dem Dokument unterstreicht die katholische Kirche ihre Verpflichtung zum vorrangigen Einsatz für die Armen. Der Vatikan fordert die Ortskirchen in aller Welt durch Zusammenarbeit und Dialog mit den zuständigen Behörden und Organisationen den Obdachlosen sowohl materielle Hilfe als auch Erziehung und Förderung zukommen zu lassen und sich für Wohnungswesen einzusetzen, die insbesondere den Armen zugute kommen.

In der letzten Zeitung angekündigt ist erseit dem 3. März 1988 da und heißt Dirk!

Herzlichen Glückwunsch Heidi Peters von den "Dicken-Busch-Fans"!

Lothar der Experte dazu: 4020 Gramm, nicht schlecht!

Am Samstag, den 16. April 1988 findet im Eschig ein Fest der Offenbacher sozialen Brennpunkte statt.

Dazu sind alle herzlich eingeladen!

Gesucht werden noch Musik- und Theatergruppen und sonstige Attraktionen, bitte melden bei Gerd Martus, Tel. 069/8065-2923

Kurze Anmerkung zur Sanierung der Frauensteinerstraße 112 - 120  
 in Wiesbaden von Marlies Engel

Die langgeplante Sanierung steht bei uns ins Haus,  
 alle Bewohner sollen zwecks Sanierung raus,  
 und fragt man die Politiker, was ist geplant,  
 weiß keiner was und holt sich beim andern Rat.  
 Keiner ist informiert und weiß keine Ahnung,  
 selbst die G.W.G. die hat keine Ahnung,  
 kalte Zimmer, nasse Wände,  
 das spricht doch für sich schon Bände,  
 kaputte Rohre, blanke Kabel,  
 das ist doch für die Stadt blamabel.

Die langgeplante Sanierung steht bei uns ins Haus,  
 fest steht alle Bewohner sollen zwecks Modernisierung raus.  
 Alles sei bereitgestellt,  
 selbst 1,6 Mill. Sanierungsgeld,  
 doch keiner weiß mit uns wohin,  
 was hat die Stadt mit uns im Sinn???

Einweihung der Spiel- und Lernstube in Butzbach

In Butzbach in der Alten Stadtschule wurden am  
 28. Januar die neu ausgebauten Räume der Spiel-  
 und Lernstube eingeweiht.  
 Die komplett neu eingerichtete Spielstube bie-  
 tet alle Voraussetzungen für eine gute Arbeit  
 - nur an Personal fehlt es immer noch, da rei-  
 chen drei halbe Stellen einfach nicht aus!  
 Träger ist die Evang. Markuskirche. Aufgebaut  
 wurde die Spielstube von einem sozialen Ar-  
 beitskreis, der auch das damit verbundene Be-  
 ratungszentrum entwickelt hat. In diesem Zent-  
 rum arbeiten acht Einrichtungen und Verbände  
 mit. Neben der Einzelberatung wird viel Wert  
 auf Zusammenarbeit gelegt. So sollen auch ge-  
 meinsam Antworten auf die verschiedenen so-  
 zialen Probleme in Butzbach gefunden werden.

Bei der Einweihung waren viele Kollegen, Pfar-  
 rer, Bürgermeister, Landrat und natürlich die  
 LAG da. Leckere Appetithäppchen gab's aus  
 Gießen natürlich vom 'Tischlein-Deck-Dich'.  
 (Das nennt sich heimliche Werbung gel Linda...)  
 chr.

## Frauenbeauftragte gewählt

\*  
 Gisela Scher aus Gießen beginnt am 1. April

(mei). In einer gemeinsamen Sit-  
 zung haben, wie Oberbürgermeister  
 Dielewicz auf Anfrage mitteilte, Per-  
 sonal- und Frauenausschuss am Mit-  
 twoch die neue Frauenbeauftragte der  
 Stadt Flensburg gewählt. Die Ent-  
 scheidung fiel für Gisela Scher aus  
 Gießen, deren Einstellung der Perso-  
 nalrat noch zustimmen muß.

Zum 1. April wird Gisela Scher,  
 Jahrgang 1944, ihren Dienst begin-  
 nen. Seit 15 Jahren, so der OB, ist sie  
 im Bereich Frauenarbeit tätig und hat  
 sich entsprechend engagiert. Nach  
 Flensburg wechselt sie aus Gießen,  
 wo sie im Zentrum für Frauenkoope-  
 rativen arbeitet. Das Zentrum hat Erzie-  
 hungswissenschaften studiert, die er-  
 plionierte Sozialarbeiterin.

Mit der neuen Frauenbeauftragten  
 sollen nach Dienstamtliche Konzeption

und Prioritäten ihrer Arbeit erarbei-  
 tet werden. Dafür hat sich nach Anga-  
 ben des OB der Frauenausschuss ein-  
 mützig ausgesprochen. Beteiligt wer-  
 den sollen daran auch die Frauenver-  
 bände- und Organisationen in der  
 Stadt. „Alles andere ist Schattendan-  
 gen.“ Im Vorwege und ohne die neue  
 Frauenbeauftragte über Konzeption-  
 en zu sprechen, nannte der OB auch  
 seinen Versuch, Wasser schaumig zu  
 schlagen. „Auf das Vorhaben der Grü-  
 nen anzupfeifen, eine solche Diskus-  
 sion zu führen, meine versucht werden  
 der Sache willen verunzulassen.“  
 Der Frauenbeauftragten wird eine  
 Verwaltungsstelle zur Seite ste-  
 hen. Die Teilzeitstelle soll nach An-  
 schrieben werden. Geht die Beset-  
 zung nicht, dann wird eine öffentliche  
 Ausschreibung stattfinden.

Alles Gute Gila und viele steife Brisen für Deine Törns!

Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben  
 in Wiesbaden sucht ab sofort  
 eine(n) Schuldnerberater(in)  
 nähere Informationen Tel. 06121/424543

TERMINE

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 22. März 1988     | AG Wohnen und Mieten, LAG-Geschäftsstelle,<br>13.30 Uhr                             |
| 25. März 1988     | AG Gemeinwesenarbeit, im Sozialzentrum<br>Wachsacker in Wiesbaden, 13 Uhr           |
| 26. März 1988     | Frühlingsfest der Männergruppe Frauensteiner<br>Straße im Sozialzentrum ab 20 Uhr   |
| 30. März 1988     | AG Existenzsicherung, in der Hess. Landesanstalt<br>für Umwelt in Wiesbaden, 13 Uhr |
| 5.- 8. April 1988 | Frauengesundheitswoche in Arnoldshain   |
| 16. April 1988    | Bewohnerfest im Eschig in Offenbach   |
| 22. April 1988    | Rockmobil: Musikalische Früherziehung in<br>Spiel- und Lernstuben                   |
| 25. April 1988    | Regionalversammlung Südwest   |
| 27. April 1988    | Regionalversammlungen Süd und Mitte   |
| 28. April 1988    | AG Jugend, im Jugendclub Lohwald in Offenbach<br>10 Uhr                             |
| 29. April 1988    | Rockmobil: Musikalische Früherziehung (Forts.)                                      |
| 30. April 1988    | AG Sozialhilfe, in Darmstadt-Arheilgen, 10 Uhr                                      |
| 2. Mai 1988       | Spielstuben-Regionaltreffen Südwest,<br>in Limburg am Amselweg, 9 Uhr               |
| 3. Mai 1988       | Spielstuben-Regionaltreffen Süd,<br>im Kinderkeller Böttgerstraße Frankfurt, 9 Uhr  |
| 7. Mai 1988       | Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen                                      |
| 11.- 13. Mai 1988 | Jahrestagung der LAG in Dorfweil  |
| 14. Mai 1988      | Mitgliederversammlung der LAG in Dorfweil   |
| 16.- 18. Mai 1988 | 8. Jugendhilfetag in Saarbrücken  |